

Antrag

der Abgeordneten Kathrin Vogler, Heike Hänsel, Sevim Dağdelen, Michel Brandt, Christine Buchholz, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Stefan Liebich, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Elisabeth Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Angemessene Mittel für das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten bereitstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die von US-Präsident Trump veranlassten Kürzungen der Zuwendungen der USA für das Budget des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten UNRWA (United Nations Relief and Work Agency for Palestine Refugees in the Near East) bedrohen die ohnehin fragile Stabilität im Nahen Osten.

Seit 70 Jahren betreut UNRWA palästinensische Flüchtlinge und ihre Nachkommen in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens. Die Agentur versorgt Kranke, betreibt Schulen und stellt für die Ärmsten Lebensmittelhilfe bereit. Damit trägt sie nicht nur dazu bei, das Leben von Palästinenserinnen und Palästinensern in den palästinensischen Autonomiegebieten und in Jerusalem unter den Bedingungen des anhaltenden Konflikts mit der israelischen Regierung zu erleichtern, sondern auch die soziale Lage in den Hauptaufnahmeländern Jordanien und Libanon zu stabilisieren.

Denn der Libanon und Jordanien gehören aktuell neben der Türkei zu den drei Ländern, welche die meisten Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien aufgenommen haben. Dabei gehören sie mit einem BIP pro Kopf von 7914 US\$ (Libanon) und 4088 US\$ (Jordanien) (Quelle: Weltbank, Zahlen für 2016) zu den ärmeren Ländern der Region.

Die soziale Lage im Gazastreifen beschreibt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf seiner Website treffend: „Seit der Machtübernahme durch die Hamas im Jahr 2007 wird der Gazastreifen von Israel und Ägypten fast vollständig abgeriegelt. In Gaza zählt die Arbeitslosigkeit nach Angaben der Weltbank zu einer der höchsten weltweit. Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ist aufgrund der Abriegelung nahezu unmöglich. Die Bevölkerung bleibt auf internationale Unterstützung angewiesen.“ (www.bmz.de/de/laender_regionen/naher_osten_nordafrika/palaestinensische_gebiete/zusammenarbeit/index.html, abgerufen am 20.3.2018).

Auch für die Sicherheit Israels spielen die Bildungseinrichtungen und die Arbeitsplätze, die UNRWA in den palästinensischen Gebieten vorhält, eine wichtige Rolle. Es muss verhindert werden, dass die Lücken, die eine unzureichende Finanzierung in

diese Infrastruktureinrichtungen reißen würde, von islamistischen Gruppen gefüllt werden mit dem Ziel, ihren Einfluss auf die Jugend zu vergrößern und djihadistisches Gedankengut zu verbreiten.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. die US-Regierung eindringlich an die Verpflichtungen der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber den Palästinenserinnen und Palästinensern zu erinnern und sie aufzufordern, auch zukünftig einen der wirtschaftlichen Bedeutung ihres Landes angemessenen Beitrag zur Finanzierung von UNRWA zu leisten,
 2. innerhalb der EU auf einen Aufwuchs der Mittel für UNRWA zu wirken,
 3. kurzfristig 11 Millionen Euro bereitzustellen, um die dringendsten Leistungen von UNRWA für die palästinensischen Flüchtlinge weiter zu ermöglichen.

Berlin, den 14. Mai 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion